STADT WETZLAR

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	7. Sitzung
Datum	Dienstag, den 31.10.2006
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:
vom Gremium:

Ausschussvorsitzende Dr. Greis,	B90/Grüne
Stellv. Ausschussvorsitzender Wolf,	FDP
Stadtverordnete Dr. Göttlicher-Göbel,	SPD
Stadtverordnete Heil-Schön,	SPD
Stadtverordneter Dr. Ihmels,	SPD
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Steinraths,	CDU
Stadtverordneter Lang,	CDU
Stadtverordnete Marx,	CDU
Stadtverordnete Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Lautz,	FWG

vom Magistrat:

Stadtrat Beck,	CDU

von der Verwaltung:

Herr Schieche, Büro des Magistrats	ohne
Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Ufer, Planungs- und Hochbauamt	ohne
Herr Dietrich, Stadt-Marketing	ohne

ferner waren anwesend:

AV Greis eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :
TOP 1
0199/06
Regionalplan Mittelhessen 2006 - Entwurf -
- Anhörungsverfahren gem. § 10 Abs. 3 Hess. Landesplanungsgesetz (HLPG) -

TOP 2
0247/06
Interkommunale Gewerbegroßfläche Lützellinden
hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2005,
Drucksachen-Nr. 1815/05 - I/599

TOP 3
0257/06
Einbau eines neuen Heizsystems in das Neue Rathaus Wetzlar

TOP 4
0226/06
Erfahrungsbericht zur Einführung der Parkwertkarte und dem gebührenfreien Parken an Samstagen

TOP 5
0209/06
Bushaltestellen im Bereich Spilburg
Anbringung von Buswartehallen

TOP 6
0219/06
Wegweisung an der L 3451 Richtung Dutenhofen/
Gießen im Bereich Spilburg/Blankenfeld

TOP 7
0232/06
Neue Linienführung der Buslinie 17/18
Prüfungsauftrag

TOP 8
0233/06
Photovoltaikanlagen
Vermietung von städtischen Dachflächen

Prüfungsauftrag

TOP 9
0234/06
Güterbahnhof Garbenheim
Nutzung und evtl. Ausbau zu einem regionalen Logistikzentrum

TOP 10
Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 19.09.2006 und 04.10.2006

TOP 11
Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung**:**

Öffentlicher Teil :

TOP 1
0199/06
Regionalplan Mittelhessen 2006 - Entwurf -
- Anhörungsverfahren gem. § 10 Abs. 3 Hess. Landesplanungsgesetz (HLPG) -

StR B e c k führte eingangs aus, dass die Anhörungsfrist mit dem heutigen Datum ende und das Regierungspräsidium bereits vorab die Stellungnahme vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung erhalten habe. Des Weiteren wurde dem Regierungspräsidium eine Unterschriftenliste der Bürgerinitiative „Gegenwind“ übermittelt. Er gehe davon aus, dass 2007 vermutlich ein neuer Entwurf mit Offenlage erfolge, in dem die Stellungnahmen der Kommunen eingearbeitet seien. Des Weiteren verwies er auf die seit Jahren bewährte Methode, die Stellungnahme in einem regionalen Arbeitskreis mit den Umlandgemeinden abzustimmen.

Herr U f e r ergänzte, dass erstmalig ein Umweltbericht zum Regionalplan erstellt worden sei und wies auf die Hierarchie hin, in der sich der Regionalplan befindet. Die Stellungnahme des Magistrates sei in vier Teile untergliedert. Als besonders negativ führte er die schlechte Lesbarkeit des Kartenmaterials an. StR B e c k ergänzte, dass der Ortsbeirat Dutenhofen zwei Änderungswünsche eingebracht habe (zu den Punkten B 10 und B 23), die jedoch keine Auswirkungen auf die vorliegende Stellungnahme hätten.

Zu den einzelnen Punkten:

Seite I/9 (Gewerbeflächenpool)

AV Dr. G r e i s wies darauf hin, dass der Verein „MitteHessen“ und nicht „Hessen-Mitte“ heißen muss.

Seite I/15 (Schienenfernverkehr)

Stv. Dr. I h m e l s führte aus, dass der Nord-Süd-Verkehr über Gießen (ICE) forciert

werden sollte. Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l verwies diesbezüglich auf Seite 121 des Regionalplanes. Herr S c h i e c h e gab zu bedenken, dass der Fernverkehr alleinige Sache der Bahn AG sei.

Seite II/4 (Wohnungsbedarf 2020)

StR B e c k führte aus, dass die Bevölkerungsentwicklung mit Vorsicht zu betrachten sei, da die Zahlen in der Vergangenheit schon oft korrigiert wurden. Zum jetzigen Zeitpunkt solle man keine Einschränkungen hinnehmen, was insbesondere die Reduzierung der Wohnflächenerweiterung von 126 auf 86 ha beträfe.

Anträge A 4, A 5 und A 6 (Ausweisung neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen)

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l führte aus, dass aus ihrer Sicht die vorgenommenen Streichungen unverständlich seien. Herr U f e r teilte dazu mit, dass dies so in dem Arbeitskreis entstanden sei.

Antrag B 5 (Fläche östl. der A 45, Gemarkung Naunheim)

Stv. Dr. I h m e l s bat um nähere Informationen zu dem genannten Klimagutachten für den Gesamtbereich „Längerbachtal“. StR B e c k antwortete, dass hier eine entsprechende Untersuchung vorläge und die Ausweisung des Vorranggebietes für Industrie und Gewerbe möglich sei.

Antrag B 7 (Bebauungsplan „Rasselberg“)

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l verwies auf massive Proteste gegen die geplante Ausweisung. StR B e c k wies darauf hin, dass ein Aufstellungsbeschluss für dieses Gebiet bereits gefasst wurde.

Antrag B 11 (Gewerbefläche Magdalenenhausen)

Auf Anfrage der Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l, um welchen Bereich es sich handele teilte StR B e c k mit, dass hier die bestehenden Anlagen (z. B. Taunusmeute) gemeint seien.

Antrag B 16 (Industriegebiet „Grube Juno“, Nauborn)

AV Dr. G r e i s fragte an, ob hier eine Erweiterung des Gebietes angedacht sei. Herr U f e r antwortete, dass hier nur eine Korrektur der Darstellung erforderlich sei.

Auf Vorschlag der AV Dr. G r e i s fand zunächst eine gesonderte Abstimmung über folgende Punkte statt:

Antrag B 5: 6.1.4 (Fläche östl. der A 45, Gemarkung Naunheim)
Antrag B 7: 6.5.0 (Bebauungsplan „Rasselberg“)
Antrag B 8: 6.0.5 (Siedlungsflächenerweiterung Münchholzhausen)
Antrag B 9: 6.1.4 (Siedlungsflächenerweiterung Dutenhofen)
Antrag B 12: 6.5.0 (Verbindungsspange Magdalenenhausen)

Dem verbliebenen Text stimmte der Ausschuss mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

einstimmig zu.

TOP 2
0247/06
Interkommunale Gewerbegroßfläche Lützellinden
hier: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2005,
Drucksachen-Nr. 1815/05 - I/599

StR B e c k führte zu Beginn aus, dass die Fläche komplett in der Gemarkung Gießen-Lützellinden gelegen sei und sich hier für den mittelhessischen Raum eine Chance ergebe, auf mögliche Anfragen von Großbetrieben zu reagieren. Eine Förderung durch das Land Hessen sei nur gegeben, wenn sich die Stadt Wetzlar an dem Objekt beteilige. Dabei werden durchaus positive Effekte auch auf die Stadt Wetzlar gesehen. Die Formen der Beteiligung seien noch auszuloten, dabei sei an die Finanzierung, die Bereitstellung von Ausgleichsflächen und anderen Dingen gedacht.

Stv. W o l f befürwortete das Projekt und teilte mit, dass es entsprechende Planungen bereits schon zur Zeit der Stadt Lahn gegeben habe. Auch Stv. H e d d e r i c h sah die Angelegenheit positiv und befürwortete die Bereitstellung der erforderlichen Mittel. Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l verwies auf teilweise Negativbeispiele aus den neuen Bundesländern. StR B e c k erwiderte, dass eine Risikoanalyse selbstverständlich hier zwingende Voraussetzung sei.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

TOP 3
0257/06
Einbau eines neuen Heizsystems in das Neue Rathaus Wetzlar

StR B e c k teilte eingangs mit, dass Abs. 2 der Begründung im Magistrat geändert wurde und der neue Text bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16.11.2006 vorgelegt werde (Fernwärmebezug). In § 2 Abs. 3 des Vertragsentwurfes fehle hinter dem angegebenen Prozentsatz das Wort „Verzinsung“. Er lobte in diesem Zusammenhang die konstruktiven Verhandlungen mit dem Betreiber.

Die baulichen Vorbereitungen am Gebäude seien bereits im Gange. Je schneller man die neue Anlage in Betrieb nehmen könne, desto größer seien die Einsparungen (20.000,00 € / Monat). Die Frage von Stv. H e d d e r i c h, ob im bestehenden Wärmelieferungsvertrag eine Preisgleitklausel enthalten sei, konnte nicht beantwortet werden. AV Dr. G r e i s erkundigte sich nach dem Sachstand zur Errichtung eines Heizkraftwerkes durch die Firma Buderus Edelstahl im Dillfeld. Diesbezüglich verwies StR B e c k auf die aktuelle Grundstücksvorlage. Es handele sich um eine Fläche von 36.000 qm aus städtischem Eigentum. AV Dr. G r e i s fragte weiter nach, ob die Stadt als Vertragspartner Emmissionswerte vorgeben könne. Hierzu führte StR B e c k aus, dass der Betreiber sich verpflichten will, unter 10 % der zulässigen Werte zu bleiben, wenn möglich bei 1 - 3 % der Grenzwerte (Bereich der „Unbedenklichkeit“). Aus seiner Sicht könnte es aber kontraproduktiv sein, sich auf einen bestimmten Prozentsatz festzulegen. Herr P r e i ß ergänzte, dass der Immissionsschutz ein selbstständiges Rechtsgebiet darstelle und die Stadt hier keine Zuständigkeit habe.

Stv. H e d d e r i c h begrüßte die mögliche Selbstverpflichtung des Betreibers, die Grenzwerte deutlich unterschreiten zu wollen. Stve. H e i l - S c h ö n fragte an, ob zu

der geplanten Versammlung der Bürgerinitiative am 16. November auch der Magistrat eingeladen sei. StR B e c k bejahte dies, aber wegen der gleichzeitigen Stadtverordnetenversammlung könne hier keine Teilnahme seitens des Magistrates erfolgen.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit den o. g. Änderungen mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

TOP 4
0226/06
Erfahrungsbericht zur Einführung der Parkwertkarte und dem gebührenfreien Parken an Samstagen

Stv. W o l f bat um Mitteilung, warum die Geschäftsinhaber sich nicht zahlreicher an der Aktion beteiligt hätten. Herr D i e t r i c h erläuterte, dass hier ständig weiter aquiriert werde. Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l erkundigte sich, ob die verlängerten Öffnungszeiten an den Samstagen auch in Umsätzen messbar seien. Herr D i e t r i c h antwortete, dass hier lediglich eine Verschiebung der Kundenströme stattfinde, was jedoch keine Umsatzsteigerung zur Folge hätte.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 5
0209/06
Bushaltestellen im Bereich Spilburg
Anbringung von Buswartehallen

Herr S c h i e c h e führte aus, dass es im Stadtgebiet ca. 230 Haltebereiche gäbe und weniger als die Hälfte derzeit mit Wetterschutz ausgestattet seien. Eine Prioritätenliste wurde erstellt. An der im Antrag genannten Stelle (Bereich Spilburg) sei die beantragte Maßnahme vor allem in Fahrtrichtung Innenstadt von Interesse. Eine entsprechende Vorlage solle in Kürze in die Gremien gehen. Stve. M a r x verwies auch nochmals auf die Angelegenheit Beleuchtung der Haltestelle Leitzplatz in Richtung Innenstadt. StR B e c k sagte Prüfung zu.

Die Antragstellerin regte an, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen mit Hinweis auf die Prioritätenliste, die zur Zeit vom Büro des Magistrats erstellt wird.

TOP 6
0219/06
Wegweisung an der L 3451 Richtung Dutenhofen/
Gießen im Bereich Spilburg/Blankenfeld

Auf die vorliegende Antwort des Magistrates wurde verwiesen.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

TOP 7
0232/06
Neue Linienführung der Buslinie 17/18
Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit 11 Ja-Stimmen einstimmig zu.

TOP 8
0233/06
Photovoltaikanlagen
Vermietung von städtischen Dachflächen
Prüfungsauftrag

Auf Vorschlag von StR B e c k wurde der letzte Halbsatz „... und dazu an Dritte vermietet werden können." aus dem Beschlusstext gestrichen.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit o. g. Änderung mit 10 Ja-Stimmen einstimmig zu.

TOP 9
0234/06
Güterbahnhof Garbenheim
Nutzung und evtl. Ausbau zu einem regionalen Logistikzentrum

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss stimmte der Vorlage mit 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig zu.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

TOP 10
Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 19.09.2006 und 04.10.2006

Mitteilungen

StR B e c k teilte mit, dass die Glascontainer vor dem Euler-Haus am Buderusplatz entfernt wurden.

Anfragen

- Stv. H e d d e r i c h bemängelte, dass die Wegweisung an der Hausertorbrücke in Richtung Garbenheim nur auf Gießen hinweise. An dieser Stelle wäre ein Zusatz mit dem Hinweis auf Garbenheim wünschenswert. StR B e c k sagte Prüfung zu.

- Stv. W o l f führte aus, dass von der Hausertorbrücke in Richtung Innenstadt ein Schild mit großem Schriftzug „Anlieger frei" angebracht wurde und das Zeichen „Einfahrt verboten" zur Bahnhofstraße hin mehr oder weniger überlagere. Dadurch könnten Verkehrsteilnehmer irritiert werden. StR B e c k sagte Überprüfung zu.

- Stve. K o s t e r erkundigte sich nach den Planungen für die ehemaligen Gärten im Bereich der Taubensteinbrücke (Spinnereistraße). In diesem Zusammenhang wurde eine Summe von 15.000,00 € aus dem Haushalt des Abwasserverbandes genannt. StR B e c k sagte Auskunft zu.

- Stve. K o s t e r erkundigte nach dem Stand zum Lärmschutz für das Baugebiet Lahngärten. StR B e c k führte aus, dass hier aus Bürgschaftsmitteln zum Schutz

der Anwohner gehandelt werde.

Niederschriften vom 19.09.2006 und 04.10.2006

Die o. g. Niederschriften wurden ohne Einwendungen genehmigt.

TOP 11
Verschiedenes

- Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l ging auf die Parksituation im Blankenfeld ein und führte aus, dass hier im Bereich Franzenburg/Fröbelschule/Heidenstock vermehrt durch Schüler der Goetheschule geparkt werde. StR B e c k verwies in diesem Zusammenhang auf die Zuständigkeit des Lahn-Dill-Kreises als Schulträger.

- Stv. W o l f verwies auf noch vorhandenes Baumaterial vor der Hausertorbrücke. StR B e c k sagte zu, dass hier in Kürze alles entfernt sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss AV Dr. G r e i s die 7. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende: Der Schriftführer:

Dr. G r e i s M o c k